

Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung: Versuch einer ersten Evaluierung

von Karl-Heinz Krämer

Lange hat man in Nepal auf diesen Tag gewartet. Am 10. April 2008 fanden die vor 57 Jahren von der Monarchie versprochenen und seit zwei Jahren angestrebten Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung statt. Sie sollen der bisher wichtigste Zwischenschritt zu einem dauerhaften Frieden und zur Schaffung eines inklusiven Staatswesens sein. Gemessen an den enorm schwierigen Vorbedingungen verliefen die Wahlen relativ friedlich und fair; auf die Negativseiten wird weiter unten eingegangen. Nach fast sechs Jahren erhält die Politik erstmals wieder eine Legitimation durch das Volk. Dies ist auf jeden Fall ein äußerst bedeutsamer Schritt. Leider lassen die ersten Reaktionen vieler Politiker das Bewußtsein vermissen, daß es sich lediglich um Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung und nicht um normale Parlamentswahlen handelt. Will Nepal seine hoch gesteckten Ziele erreichen, ist eine Kontinuität in der engen Zusammenarbeit der politischen Parteien unerlässlich.

Vorgeschichte

Es ist an dieser Stelle in den vergangenen Jahren regelmäßig über die politischen Ereignisse berichtet worden. Daher möchte ich nur kurz die wichtigsten Eckdaten zusammenfassen.

Der lange Prozeß der Demokratisierung des Landes begann in den späten 1940er Jahren mit der Gründung erster politischer Parteien im indischen Exil; namentlich zu nennen sind hier der »Nepali Congress« (NC) und die »Communist Party of Nepal« (CPN). Nach der Beseitigung des Rana-Regimes im Jahre 1951 versprach die Monarchie zwar eine Demokratisierung Nepals

auf der Grundlage von Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung, die bis spätestens 1953 durchgeführt werden sollten. In Wirklichkeit aber nutzte sie die folgenden Jahre zur Wiederherstellung absolutistischer Rechte, ein Prozeß, der mit der Einführung des parteilosen Panchayat-Systems (1961–90) seinen Abschluß fand.

Im Frühjahr 1990 zwang eine Volksbewegung die Monarchie zum Einlenken. Erstmals wurden demokratische Strukturen eingeführt. Merkmale waren die Souveränität in den Händen des Volkes, die Vielparteiendemokratie, ein Zweikammerparlament, die konstitutionelle Monarchie, ein ausgefeilter Grundrechtskatalog, eine unabhängige Gerichtsbarkeit usw. Besonderer Schwachpunkt war das Festhalten am Hindu-Staat und die damit verbundene fortgesetzte Ausgrenzung großer Teile der Bevölkerung. Das Festhalten der politischen Parteien an ihren wenig demokratischen internen Strukturen trug ebenfalls dazu bei, daß das System von 1990 eher eine Oligarchie als ein auf Chancengleichheit aller aufbauendes demokratisches System war. Offen praktizierte Korruption und die auf persönlichen Machtbestrebungen beruhende Zersplittertheit führender Politiker aller Parteien führten zum Scheitern dieses politischen Systems und zu teilweise chaotischen Verhältnissen.

Zwei Prozesse gaben dem System von 1990 endgültig den Todesstoß. Da war zum einen der im Februar 1996 begonnene militante Aufstand der »CPN (Maoist)«, der im Laufe der Jahre immer mehr eskalierte. Die massive Kritik der Maoisten und auch die meisten ihrer Forderungen an den Staat waren durchaus berechtigt und deckten sich größtenteils sogar mit den staatspoli-

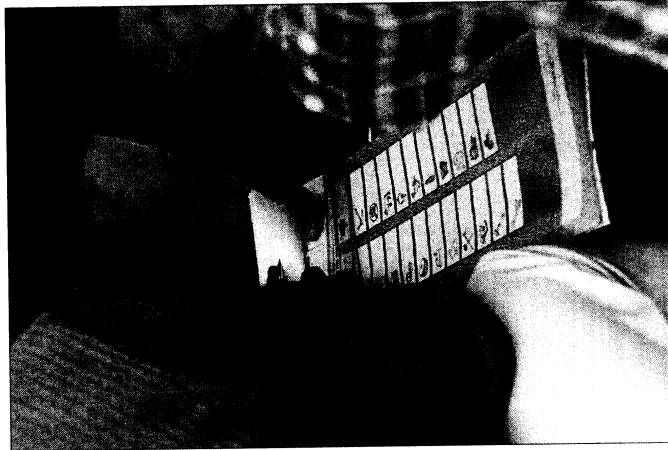
Wahlen

tischen Richtlinien der Verfassung von 1990. Das Problem war, daß die Maoisten glaubten, die notwendigen radikalen Veränderungen nur durch einen militärenten Aufstand herbeiführen zu können. Der zweite Prozeß war der Putsch König Gyanendras, der nur durch das Palastmassaker vom Juni 2001 und das endgültige Versagen der Parteipolitiker während der zweiten Deuba-Regierung (2001–2002) ermöglicht wurde. Nachdem auf Drängen Deubas nacheinander die Armee gegen die Maoisten mobilisiert, das Parlament aufgelöst, die gewählten lokalen Einheiten ebenfalls aufgelöst und Neuwahlen wegen des jetzt erst recht eskaliereten maoistischen Aufstands nicht durchgeführt werden konnten, setzte die Deuba-Regierung am 4. Oktober 2002 und am 1. Februar 2005, vollendet Gyanendra seinen Staatsstreich mit Hilfe des Militärs, übernahm selbst die Leitung der Regierung und umgab sich ausschließlich mit monarchistischen Hardlinern aus der Panchayat-Zeit.

Friedensprozeß

Trotz massiver Repressalien durch das königliche Regime und der Aussetzung zahlreicher Grundrechte, organisierte sich in der Folgezeit eine zivile politische Bewegung, welche sowohl die diversen etablierten Parteien als auch die Maoisten unter Druck setzte. Die Folge war eine am 22. November 2005 zwischen beiden letzteren Gruppen in New Delhi geschlossene Vereinbarung, dem königlichen Regime ein Ende zu setzen und einen dauerhaften Friedensprozeß einzuleiten. Dieser Wandel wurde erneut durch eine spontane und massive landesweite Volksbewegung im April 2006 herbeigeführt. König Gyanendra mußte seine Macht aufgeben, das Parlament von 1999 wurde wiedergesetzt, die Maoisten stellten ihre militanten Aktivitäten ein und das Parlament traf im Sommer 2006 einschneidende Entscheidungen hinsichtlich der Entmachtung des Königs, der Beteiligung ausgegrenzter Gesellschaftsgruppen und vor allem der Rechte der Frauen. Im November 2006 kam es zu einem umfassenden Friedensabkommen zwischen Regierung und Maoisten. Im Januar 2007 einigte man sich gemeinsam auf eine neue Übergangsverfassung, auf deren Grundlage ein neues Übergangsparlament unter Beteiligung der Maoisten nominiert wurde. Ab April 2007 waren letztere auch an der Regierung beteiligt. Die ursprünglich für Juni 2007 geplanten Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung mußten wegen Streitigkeiten zwischen den Parteien zweimal verschoben werden und fanden schließlich am 10. April 2008 statt.

Im Vorfeld der Wahlen war es zu diversen Kooperationsbestrebungen im Lager der an der Regierung beteiligten Sieben-Parteien-Allianz (SPA) gekommen. Dabei vertrat der Nepali Congress zunehmend eine eher konservative Linie; die meisten anderen Parteien waren ohnehin dem linken Lager zuzuordnen. Die CPN (Maoist) und die CPN (UML) setzten schließlich durch, daß bereits vorab die Abschaffung der Monarchie für die erste Sitzung der verfassungsgebenden Versammlung festgeschrieben wur-



Abstimmung auf der Verhältniswahlliste per Fingerabdruck

FOTO: James A. Giambrone

de. Seitens des Nepali Congress gab es diesbezüglich äußerst widersprüchliche Äußerung, selbst von namhaften Parteiführern. Politiker wie der zweifache frühere Premierminister Krishna Prasad Bhattarai und Sujata Koirala, die Tochter des Premierministers, traten offen für den Erhalt der Monarchie ein; selbst Premierminister Girija Prasad Koirala äußerte sich gelegentlich in diese Richtung. Infolge des wochenlangen Streits konnten die Wahlen auch im November 2007 nicht stattfinden.

Selbst der Wahltermin im April 2008 war am Ende gefährdet. Diesmal lag die Ursache bei Organisati-

Tab. 1: Wahlergebnisse zur Verfassungsgebenden Versammlung

S.no	Party Name	PR Votes	Percentage	PR Seats	FIPT Seats	Total Seats
1	Communist Party of Nepal (Maoists)	3144204	29.28	100	120	220
2	Nepali Congress	2269883	21.14	73	37	110
3	Communist Party of Nepal (UML)	2183370	20.33	70	33	103
4	Madhesi People's Rights Forum, Nepal	678327	6.32	22	30	52
5	Tarai Madhes Loktantrik Party	338930	3.16	11	9	20
6	Rastriya Prajatantra Party	263431	2.45	8		8
7	Communist Party of Nepal (ML)	243545	2.27	8		8
8	Sadbhawana Party	167517	1.56	5	4	9
9	Janamorchha Nepal	164381	1.53	5	2	7
10	Communist Party of Nepal (United)	154968	1.44	5		5
11	Rastriya Prajatantra Party Nepal	110519	1.03	4		4
12	Rastriya Janamorchha	106224	0.99	3	1	4
13	Rastriya Janshakti Party	102147	0.95	3		3
14	Nepal Workers and Peasants Party	74089	0.69	2	2	4
15	Federal Democratic National Forum	71958	0.67	2		2
16	Nepal Sadbhawana Party (Anandidevi)	55671	0.52	2		2
17	Rastriya Janamukti Party	53910	0.50	2		2
20	Nepali Janata Dal	48990	0.46	2		2
18	Communist Party of Nepal (Unified)	48600	0.45	2		2
19	Dalit Janajati Party	40348	0.38	1		1
21	Nepa: Rastriya Party	37757	0.35	1		1
22	Samajwadi Prajatantrik, Janata Party, Nepal	35752	0.33	1		1
23	Chure Bhawar Rastriya Ekata Party Nepal	28575	0.27	1		1
24	Nepal Lokatantrik Samajbadi Dal	25022	0.23	1		1
25	Nepal Parivar Dal	23512	0.22	1		1
26	Communist Party of Nepal (Marxist)	21234	0.20			
27	Tamsaling Nepal Rastriya Dal	20657	0.19			
28	Rastriya Janata Dal	19305	0.18			
29	Communist Party of Nepal (United Marxist)	18717	0.17			
30	Lok Kalyankari Janata Party Nepal	18123	0.17			
31	Nepal Janabhawana Party	13173	0.12			
32	Rastriya Janata Dal Nepal	12531	0.12			
33	Nepal Janata Party	11980	0.11			
34	Mongol National Organization	11578	0.11			
35	Nepal Shanti Kshetra Parishad	10565	0.10			
36	Shanti Party Nepal	10511	0.10			
37	Rastriya Bikas Party	9329	0.09			
38	Nepal Sukumbasi Party (Loktantrik)	8322	0.08			
39	Nepal Rastriya Bikas Party	8026	0.07			
40	Nepal Dalit Shramik Morcha	7107	0.07			
41	Socialist Party of Nepal	6564	0.06			
42	Muskan Sena Nepal Party	6292	0.06			
43	Nepali Congress (Nationalist)	5721	0.05			
44	Nepal Samyawadi Dal	5478	0.05			
45	Nav Janawadi Morcha	5193	0.05			
46	Hindu Democratic Party	4902	0.05			
47	Rastriwadi Yuwa Morcha	4772	0.04			
48	Nepal Samata Party	4697	0.04			
49	League Nepal Shanti Ekata Party	4443	0.04			
50	Rastriwadi Ekata Party	4150	0.04			
51	Sa-Shakti Nepal	3752	0.03			
52	Janamukti Party, Nepal	3396	0.03			
53	Nepal Rastriya Lokatantrik Dal	3216	0.03			
54	Nawanepal Prajatantrik Dal	3016	0.03			
	Independents					
	Nominated by Council of Ministers	10739078	100.00	26	240	266
	Total			361		601

S.no	Party Name	Candidates		Elected		Percent of seats	
		Female	Male	Total	Female	Male	Total
1	Communist Party of Nepal (Maoist)	42	198	240	23	97	50,00
2	Nepali Congress	26	214	240	2	35	15,42
3	Communist Party of Nepal (UML)	3	213	239	1	32	13,75
4	Madhesi People's Rights Forum, Nepal	4	100	103	2	28	12,50
5	Tarai Madhes Loktantrik Party	4	90	94	1	8	3,75
6	Sadbhavana Party	4	83	87	0	4	1,87
7	Nepal Workers and Peasants Party	27	71	98	0	2	0,83
8	Janamorcha Nepal	28	175	203	0	2	0,83
9	Rastriya Janamorcha	15	107	122	0	1	0,42
10	Independents	42	774	816	0	2	0,83
	Total	367	3579	3946	29	211	100,00

Kandidaten und Ergebnisse der Direktwahl zur Verfassunggebenden Versammlung

onen und Parteien, welche die Interessen der indischstämmigen Madhesi-Bevölkerung des Tarai vertreten wollten. Im Verlauf dieser Auseinandersetzungen traten zahlreiche Tarai-Politiker aus ihren alten Parteien aus und gründeten mit der Tarai Madhes Democratic Party eine gemeinsame neue Madhesi-Partei. Ende Februar 2008 konnten auch diese Streitigkeiten beigelegt werden. In Opposition zu den Wahlen standen von nun an nur noch einige kleinere militante Parteien und Organisationen aus dem Tarai bzw. solche, die ebenfalls Militanzbereitschaft im Interesse des Erhalts der Monarchie signalisierten. Selbst erzmomarchistische Parteien wie die von Kamal Thapa meldeten sich zur Wahl an.

Damit begann ein kurzer, aber heftiger Wahlkampf. Wären die SPA-Parteien zunächst noch gemeinsam aufgetreten, so versuchte schon bald jede dieser Parteien ihr eigenes Stippen zu kochen. Wiederholt wurde zwar über Wahlbündnisse diskutiert, um sicherzustellen, daß sich die führenden Politiker der SPA-Parteien nicht gegenseitig neutralisierten, doch zeigten sich zunehmend alle Parteien überzeugt, daß sie jeweils als klare Sieger aus den Wahlen hervorgehen würden.

Im Laufe der Diskussionen im Herbst 2007 hatten die Maoisten versucht, im letzten Augenblick doch noch ein rein proportionales Wahlsystem durchzusetzen, scheiterten damit aber namentlich am Nepali Congress, dessen Führer ganz offensichtlich davon träumten, sie hätten die Direktmandate gepachtet. So erfolgte die Wahl nach einem zweigleisigen System, allerdings wurde der

Bevölkerung	Gewählt	Anteil der Abgeordneten der wichtigsten Parteien		
		CPN (Maoist)	Tarai-Parteien	Andere
Bahun	13 %	2,6 %	3,6 %	2,0 %
Chhetri	17 %	1,3 %	1,6 %	3,0 %
Dalit	18 %	3 %	0 %	0 %
Janajati	39 %	3,5 %	3,5 %	6,0 %
Madhesi	18 %	2,3 %	1,3 %	0 %

Anteil verschiedener Bevölkerungsgruppen an den Abgeordneten der wichtigsten Parteien

Prozent der Stimmen. »Nepali Congress« und UML kamen jeweils auf gut 20 Prozent; die beiden neuen Tarai-Parteien lagen hier deutlich zurück und erreichten gut 6 Prozent bzw. etwas über 3 Prozent. Insgesamt fanden 25 Parteien über das PR-System Aufnahme in die verfassunggebende Versammlung. (siehe Tab. 1)

Unter dem Strich schickte die CPN (Maoist) 220 Abgeordnete in die Versammlung, was 36,6 Prozent entspricht. Die nach 1990 so dominierenden Parteien »Nepali Congress« und UML haben zusammen weniger Abgeordnete als die Maoisten. Beide Parteien zeigten sich nach den Wahlen völlig geschockt von diesem Ergebnis und suchten die Schuld in erster Linie beim Verhalten der Maoisten in den letzten Wochen des Wahlkampfes und auch während der Wahlen. Es ist in der Tat richtig, daß es in einer Reihe von Wahlbezirken zu Unregelmäßigkeiten, militanten Aktionen und Einschüchterungen gekommen ist. Dabei haben sich die Maoisten, vor allem ihre Jugendorganisation, die »Young Communist League« (YCL), besonders negativ hervorgetan, aber auch die anderen Parteien waren immer wieder der Auslöser solcher Zwischenfälle. Die Aussagen der Wahlbeobachter deuten darauf hin, daß die Wahlen in den meisten Gegenden des Landes doch einigermaßen friedlich verlaufen sind. Das Wahlergebnis läßt sich also nicht allein durch die genannten Zwischenfälle erklären. Nachfolgend soll daher eine erste Analyse vorgenommen werden, die den nepalischen Wählern Demokratieverständnis bescheinigt und das Wahlergebnis als Folge der Politik nach 1990 und insbesondere in der Zeit seit April 2006 bewertet.

Erste Analyse des Ergebnisses

Das 1990 eingeführte politische System ist gescheitert, weil es sich nach seiner Geburt nicht weiterentwickelte und von den Führern der etablierten Parteien durch Korruption, Nepotismus und Machtstreben mißbraucht wurde. Keine Partei hat sich um eine parteiinterne Demokratisierung und die Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen bemüht. Seit den frühen 1990er Jahren haben zunächst die Janajati-Organisationen, bald auch Vertreter der Frauen, der Dalits und der indischstämmigen Tarai-Bevölkerung (»Madhesi«) diesen Mißstand kritisiert und Rechte und Beteiligung eingefordert. Vor allem seitens der großen Parteien NC und UML erhielten sie allenfalls Lippenbekenntnisse, eine wirkliche Haltungsänderung aber erfolgte nicht. Jedem aufmerksamen Beobachter der politischen Entwicklungen

Minderheit	Anteil an Kandidaten
Frauen	50,0 %
Madhesi	15,6 %
Dalit	15,6 %
Männer	6,5 %
Frauen	6,5 %
Männer	18,9 %
Frauen	18,9 %
Männer	2,0 %
Frauen	2,0 %
Männer	15,1 %
Frauen	15,1 %

Aufgliederung an die Anteile an Kandidaten auf den geschlossenen Listen bei der Wahl zur Verfassunggebenden Versammlung.

backward regions, sind Achham, Kalhot, Jajarkot, Juma, Dolpa, Bajubang, Bajura, Mugu und Humla.

Gruppen, die in dieser Aufstellung nicht ausdrücklich erwähnt sind.

in Nepal ist seit Jahren klar, daß das Thema eines inklusiven Staates höchste Priorität hat, nur die etablierten Parteiführer scheinen dies nicht begriffen zu haben.

Wenn es seitens der Wähler also jemanden für die verfehlte Politik nach 1990 abstrafen galt, dann waren dies natürlich in erster Linie jene Parteien und Politiker, die in den letzten 18 Jahren am meisten politische Verantwortung getragen haben. Und dies war ganz besonders der »Nepali Congress«, der von kurzen Phasen abgesehen, fast immer die Hauptverantwortung in seinen Händen hatte. Das schlechte Wahlergebnis des »Nepali Congress« ist also in allererster Linie eine demokratische Abstrafung seitens der Wählerschaft für die Politik nach 1990.

Auch die CPN (UML) konnte für ihre Politik wenig Lobereben ernten. Zwar war sie meistens in der Opposition, hat es aber versäumt, eine vernünftige parlamentarische Oppositionspolitik zu betreiben. Statt dessen hat sie ihre Aktivitäten schon früh auf die Straßen verlegt. Ihre Politik der Generalstreiks (»bandhs«) wurde schon bald als übermäßig angewandtes Mittel zur Durchsetzung von Forderungen durch alle möglichen politischen und gesellschaftlichen Gruppen mißbraucht. Hinsichtlich Nicht-Inklusivität unterscheidet sich die UML in nichts vom NC.

Die Niederlage der UML hat allerdings auch noch eine andere Ursache. Mir der CPN (Maoist) ist eine starke Partei links von der UML entstanden, welche ihr in größerem Umfang Stimmen aus dem linken Wählerspektrum entzogen haben dürfte: Genaueres können erst weitgehende Wahlanalysen ergeben. Es steht jedoch fest, daß der Linkstrend bei Wahlen, der seit 1991 feststellbar ist, durch die jetzigen Wahlen noch intensi-

viert wurde. In den 1990er Jahren hatte in erster Linie die UML von diesem Trend profitiert. Sie hätte bereits 1999 eine deutliche absolute Mehrheit der Sitze und eine relative Mehrheit der Stimmen erlangt, wenn sie sich nicht vor den Wahlen gespalten hätte. Nur diesem Zufall verdankt es der NC, daß es das Vorrrecht hatte, den Karren danach noch tiefer in den Dreck zu fahren. Der NC ist heute die am weitesten rechts einzuordnende der bedeutsamen Parteien, da die bis dato einzige konservative demokratische Partei, die »Rastriya Prajatantra Party« (RPP) in der Bedeutungslosigkeit versunken ist, was durch diverse interne Spaltungen noch verschärft wurde. Letztere hatten oft ihren Grund in der Haltung zur Monarchie. Die wenigen streng monarchistischen Parteien haben bei den Wahlen überhaupt keine Rolle gespielt; die Monarchie wird ganz eindeutig vom Volk abgelehnt.

Aber der Wahlerfolg der Maoisten hat auch Ursachen in der Politik der letzten zwei Jahre. Im April 2006 hatte das Volk auf den Straßen klare Signale für eine Abschaffung der Monarchie, ein inklusives Staatswesen und einen dauerhaften Frieden gesetzt. Als dann das Parlament von 1999 wiedereingestellt wurde, traf es zunächst einige weitreichende Entscheidungen ganz im Sinne dieser Volksmeinung. Als es aber dann schon bald um die Vergabe von Posten und Staatsämtern oder um die personelle Besetzung von Kommissionen ging, zeigte sich rasch, daß die Parteien, vor allem der mit absoluter Mehrheit im wiedereingestellten Parlament vertretene NC, gar nicht daran dachten, daß umzusetzen, was sie zuvor im Parlament beschlossen hatten.

Noch deutlicher wurde dies, als es um die Zusammensetzung eines neuen Übergangsparlaments ging, an welchem dann auch die Maoisten beteiligt sein sollten. Hier setzten vor allem NC und UML durch, daß alle 1999 gewählten Abgeordneten auch weiterhin in diesem neuen Übergangsparlament verbleiben sollten. Es war allgemein bekannt, daß das Parlament von 1999 alles andere als repräsentativ und inklusiv war. Während sich die Maoisten bei der Nominierung ihrer Abgeordneten ernsthaft darum bemühten, die Parlamentsbeschlüsse vom Sommer 2006 zu achten – so waren 40 Prozent ihrer nominierten Abgeordneten Frauen –, berücksichtigten NC und UML nicht einmal bei den wenigen ihnen zustehenden Nominierungen die traditionell ausgrenzten Gesellschaftsgruppen. Hier punktetten die Maoisten deutlich in der Gunst der Wähler.

Dieses Spiel wiederholte sich im Vorfeld der Wahlen erneut. Die CPN (Maoist) hatte sich vergeblich für ein rein proportionales Wahlsystem stark gemacht. Heute kann man sagen, daß ein solches System den ande-

ren Parteien genützt hätte, weil die Maoisten in diesem Falle lediglich knapp 30 Prozent der Sitze errungen hätten. Aber das proportionale System, wie es Übergangsverfassung und Wahlgesetz vorsehen, beinhaltet auch eine Beteiligung möglichst aller Gesellschaftsgruppen entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil an der verfassunggebenden Versammlung (siehe Kasten). Hinsichtlich der FPTP-Kandidaten wurden die Parteien lediglich aufgefordert, die diversen Gesellschaftsgruppen angemessen zu berücksichtigen. Auch hier hat sich keine Partei auch nur annähernd so an diese Auflage gehalten wie die CPN (Maoist), wie die nachfolgende Tabelle zu den drei großen Parteien zeigt. Auch dies ist wieder als klarer Pluspunkt für diese Partei zu werten.

Die drei Tabellen machen deutlich, in welchem Umfang die Parteien bei der Auswahl der FPTP-Kandidaten die Stärke der Bevölkerungsgruppen berücksichtigt haben und wie sehr sich dies im Wahlergebnis niederschlagen hat. Auch die Maoisten weisen demnach noch deutliche Mängel auf, stehen aber dennoch wesentlich positiver als die anderen Parteien da. Die Bedeutung dieses Verhaltens wird ersichtlich anhand der Zahl der gewählten Personen aus den Gruppen Frauen, Dalit und Janajati.

So läßt sich das Fazit ziehen, daß für den Sieg der Maoisten beim FPTP-Verfahren die stärkere Berücksichtigung der diversen Gesellschaftsgruppen eine ganz entscheidende Rolle gespielt hat. Dies wurde noch verstärkt durch die Berücksichtigung der Interessen und Anliegen dieser Gruppen in den Programmen und Zielen dieser Partei. Dank dieser Politik der Maoisten und dank des proportionalen Systems ist die Zusammensetzung der verfassunggebenden Versammlung so inklusiv wie es nie zuvor ein Parlament Nepals auch nur annähernd gewesen ist. Die Voraussetzungen für dringend notwendige gravierende politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen sind somit gegeben. Es ist an der Zeit, daß auch die anderen großen Parteien ihre Haltung und ihre Strukturen ändern und ihren dauernden Kleinkrieg um Posten und Pfründe einstellen. Nepal kann den Wandel nur schaffen, wenn alle Parteien weiterhin kooperieren. Hierzu gehört aber auch, daß sich die CPN (Maoist) endlich zu einer demokratischen Partei entwickelt, in der Miltanz und Verbrechen keinen Platz mehr haben.